

Paket mit Sparmassnahmen und Steuererhöhungen So will die Regierung weitere rote Zahlen verhindern

«Wir müssen jetzt handeln, sonst drohen hohe Defizite»

2014 schloss der Kanton mit einem Defizit von 65 Millionen Franken. Das war ein Schock. Regierung und Grosser Rat wollen weitere Defizite unbedingt verhindern. Im Interview erklärt Finanzdirektor Roland Brogli, warum es trotz Sparpaket weitere Sparmassnahmen und eine Steuererhöhung brauche. Er appelliert an die staatspolitische Verantwortung der Parteien.

VON MATHIAS KÜNG

Herr Regierungsrat, für all die vorgeschlagenen Massnahmen scheint die massive Konjunkturabkühlung der Hauptgrund. Warum soll diese die Staatsrechnung mit bis 100 Millionen Franken belasten?

Roland Brogli: Der seit der Aufhebung des Mindestkurses noch stärkere Franken drückt stark auf die Gewinne vorab exportorientierter Firmen. Das wiederum reduziert den Ertrag bei den Gewinnsteuern massiv. Gegenüber der letztjährigen Planung musste die Wirtschaftswachstumsprognose für 2015 um 2,6 Prozent und für 2016 um 1 Prozent nach unten korrigiert werden. Im Budgetjahr 2016 dürften die Steuern um 69 Millionen und 2017 um 103 Millionen tiefer ausfallen.

Der Aargau erhält plötzlich Dutzende Millionen Franken mehr Finanzausgleich. Das mildert doch den Handlungsdruck.

Wir bekommen mehr Geld, das stimmt. Der Grund ist aber unerfreulich: Der Aargau verliert im Ressourcenindex der Kantone 1,5 Punkte. Hätten wir mehr gute Steuerzahler, stünden wir besser da. Ein sinkender Index bedeutet weniger Einkommens- und Vermögens- sowie Gewinnsteuern. Das erhöht den Handlungsdruck. Auf der Aufwandseite steigen die Kosten bei Bildung/Volksschule, Gesundheit, Sozialem und Sicherheit weiter. Die Ausgleichsreserve wird bis 2016 aufgebraucht sein. Wir haben ein Problem. Wir müssen jetzt handeln, sonst drohen hohe Defizite.

Vorab SP und Grüne werden das nicht gelten lassen. Sie sagen, ohne die letzten beiden Steuerreformen hätte der Kanton genug Geld.

Die aktuell schwierige Situation ist eine Folge der massiv verschlechterten volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das hat mit den Steuerreformen

nichts zu tun! Auch mit den Steuerreformen ist der Steuerertrag von 2010 bis 2014 um 9,8 Prozent gestiegen, das Bruttoinlandprodukt aber nur um 7,1 Prozent. Der Aufwand stieg im selben Zeitraum sogar noch stärker, um 13,4 Prozent. Ich erinnere daran, dass wir seit 2001 drei Steuerreformen hatten. Von der ersten haben auch tiefe Einkommen massiv profitiert. Nur der Aargau kennt einen Kleinverdienerabzug. Bei einer Rückgängigmachung der Steuerreformen würden auch solche Entlastungen betroffen.

Im Ernst?

Nein, das Volk hat den Reformen zugestimmt, der jüngsten gar mit 70 Prozent. Das machen wir nicht rückgängig. Das massive Ausgabenwachstum zeigt aber klar: Wir haben nicht ein Einnahmen-, sondern ein Ausgaben- und Konjunkturproblem!

«Wir beschränken den Pendlerabzug auf 6000 Franken. Das ist etwa der Preis eines 1.-Klasse-Generalabonnements. Das ist fair.»

Per 2016 sinken die Gewinnsteuern auch aufgrund der jüngsten Steuerreform. Das kommt für den Kanton doch genau im falschen Moment. Der Kanton hat deshalb aktuell weniger Einnahmen, wir handeln damit aber antizyklisch. Genau so, wie es immer gefordert wird! Die Firmen, die unter dem teuren Franken leiden und für ihre Aufträge und Arbeitsplätze hart kämpfen müssen, werden so etwas entlastet.

Sie schlagen 110 Massnahmen vor. Diese wirken anfänglich mit 93, später gar bis 154 Millionen Fran-

ken. Warum ist dieses Sparpaket noch umfangreicher als das erste?

Auch wenn wir damit rechnen, dass ab 2017 wieder Nationalbankgewinne fließen, geht es leider nicht anders. Mit der Leistungsanalyse haben wir das strukturelle Defizit bekämpft. Jetzt fordern uns die volkswirtschaftliche Lage und auch Mindereinnahmen bei Beteiligungen wie der Axpo.

Wo sparen Sie denn?

Dem Staatspersonal wird eine Lohn-Nullrunde zugemutet. Obwohl wir die schlankste Kantonsverwaltung haben, bauen wir dort so sozial verträglich wie möglich 120 Stellen ab. Leider werden auch Kündigungen nicht zu umgehen sein. Mit den Personalmassnahmen sparen wir 15 Millionen Franken und senken per Ende 2016 gegenüber dem Budget 2014 den Personalaufwand um 3,1 Prozent - mehr als der Grosse Rat verlangt hat.

Dazu verzichten Sie auf 260 geplante Lehrerstellen und schlagen wiederum viele Massnahmen im Bildungsbereich vor. Das wird erneut Demonstrationen absetzen.

Wir reduzieren den Stellenaufbau bei den Lehrern um 260 Stellen. Der Stellenetat sinkt aber nicht, er bleibt bei rund 7400 Lehrpersonen stabil. Wir heben beispielsweise bei der Sekundar- und Realschule die minimalen Abteilungsgrößen von 13 auf 15 beziehungsweise von 11 auf 13 Schüler an. Das ist zumutbar. Wir wehren uns gegen die irreführende Behauptung eines Bildungsabbaus. Die Bildungsausgaben steigen weiter. Auch die Regierung will den Aargau in der Bildung voranbringen. Das entbindet uns aber nicht von einer disziplinierten Finanzpolitik. Unternehmen müssen sparen, die Politik auch.

Sie legen auch wieder Massnahmen vor, die im ersten Sparpaket gescheitert sind. Etwa den höheren

Vermögensverzehr für EL beziehende Pflegeheimbewohner. Warum? Das Volk hat doch Nein gesagt. Zum einen bringen wir nur Massnahmen nochmals vor, die im Grossen Rat eine Mehrheit gefunden haben. Im massiv verschlechterten finanziellen Umfeld erachten wir dies als gerechtfertigt. Diesmal legen wir Einzelmassnahmen vor, nicht mehr ein Paket. Beim Vermögensverzehr handelt es sich doch um ein unliberales Anliegen: Wer es sich leisten kann, zahlt mehr an seine Pflegeheimkosten. Sonst müssen die Jungen zahlen.

Bisher wiesen Sie den Ruf der Grünen für eine Pendlerabzugsplafonierung von sich, jetzt fordern Sie sie. Woher der Gesinnungswandel?

Als Kanton der Regionen wollten wir den Pendlerabzug bisher nicht plafonieren. Doch in der jetzigen Situation müssen wir es tun. Zürich und Basel-Land beschränken ihn auf 3000, wir auf 6000 Franken. Das ist etwa der Preis eines 1.-Klasse-Generalabonnements. Das ist fair.

Der TCS dürfte mit den Referendumsbogen schon bereit stehen.

Um auch künftig ausgeglichene Budgets vorzuweisen, braucht es Kompromisse. Wir können auch mit Rücksicht auf das Volks-Nein im März nicht nur auf der Ausgabenseite agieren. Es braucht auch Massnahmen auf der Einnahmenseite. Die 6000 Franken sind ein Kompromiss. Als langjähriges TCS-Mitglied bin ich damit einverstanden. Ich setze auf die staatspolitische Verantwortung des Verbandes. Genau so wie beim Lehrerverband zu den Bildungsmassnahmen.

Zusätzlich soll der Staatssteuerfuss per 2018 um 1 Prozent steigen. Damit und mit der Pendlerabzugsbeschränkung machen Sie doch einen stattlichen Teil der jüngsten Steuerenkung faktisch rückgängig.

Eins vorweg: Der Steuerzuschlag für juristische Personen in den Finanzausgleich wird gemäss Vorlage per 2017 von 5 auf 4 Prozent gesenkt. Das entlastet die Wirtschaft. Den Staatssteuerfuss konnten wir 2008 um 5 Prozent senken. Wir sagten aber immer, dass er wieder steigt, wenn die Situation es erfordert. Der Zeitpunkt ist da.

Die Bürgerlichen, insbesondere die SVP, sind aber auf diesem Ohr taub.

Ich weiss, dass wir hier verhärtete Fronten haben, verstehe es aber nicht. Das ist doch keine ideologische, sondern eine sachpolitische Frage. Jetzt sind alle vernünftigen finanzpolitischen Kräfte gefordert. Die Situation bedingt eine Gesamtsicht. Vor allfälligen Volksabstimmungen hätte ich jedenfalls keine Angst.

Es gäbe kein Gesamtpaket mehr?

Das Volks-Nein zur Leistungsanalyse wird ganz unterschiedlich interpretiert - je nach politischem Standpunkt. So oder so kämen die jetzigen Gesetzesmassnahmen bei Referenden als Einzelvorlagen separat vors Volk. Es gäbe eine vertiefte Sachdebatte und keine ideologische Pauschaldebatte mehr.

Zusätzlich sollen - wenn auch losgelöst von den Budgetmassnahmen - die Eigenmietwerte erhöht werden. Ist das wirklich nötig und muss es jetzt schon sein?

Steuerrecht und Bundesgericht verlangen einen Eigenmietwert von 60 Prozent des Marktmietwertes einer Liegenschaft. Unser kantonales Gesetz lässt gleichwohl eine Unterschreitung um maximal 5 Prozent zu. Die neuste Erhebung zeigt jetzt aber, dass der Eigenmietwert inzwischen leider auf 54,2 Prozent gesunken ist. Die Erhöhung fällt je nach Situation in der Gemeinde unterschiedlich aus. Wir sind ein Rechtsstaat. Das Gesetz verlangt, dass wir handeln.



Finanzdirektor Roland Brogli erläutert vor Journalisten das Budget 2016 und die

Aargauer Zeitung 29.8.2015

Fokus muss auf dem Sparen liegen

Die Regierung hat eine undankbare Aufgabe: Sie muss erklären, warum es nach dem ersten Sparpaket schon wieder eins braucht - und dazu noch Steuererhöhungen. Hauptauslöser des neuen Pakets ist die nach der Aufgabe des Euro-Mindestkurses stark abgekühlte Konjunktur. Natürlich muss man da handeln. Anders als die Regierung haben der Grosse Rat und das Volk aber den Vorteil, dass sie nicht über alle vorgeschlagenen Massnahmen sofort ent-

260 Lehrerstellen dürften im Grosse Rat gleichwohl eine Mehrheit finden.

Unverständlich ist, dass die Regierung auch Massnahmen erneut vorschlägt, die das Volk im März abgelehnt hat. Gewiss könnte man so herausfinden, ob das Volk im März Nein gesagt hat, weil es nicht mehr sparen wollte (das Referendum kam ja hauptsächlich von SP und Grünen) oder weil es keine Mehreinnahmen für den Staat wollte. Das Volk konnte seinen Willen aber nicht klarer ausdrücken, weil die Regierung damals ein Gesamtpaket durchgesetzt hat. Jetzt muss sie jenes Verdikt akzeptieren und andere Vorschläge suchen.



von Mathias Küng

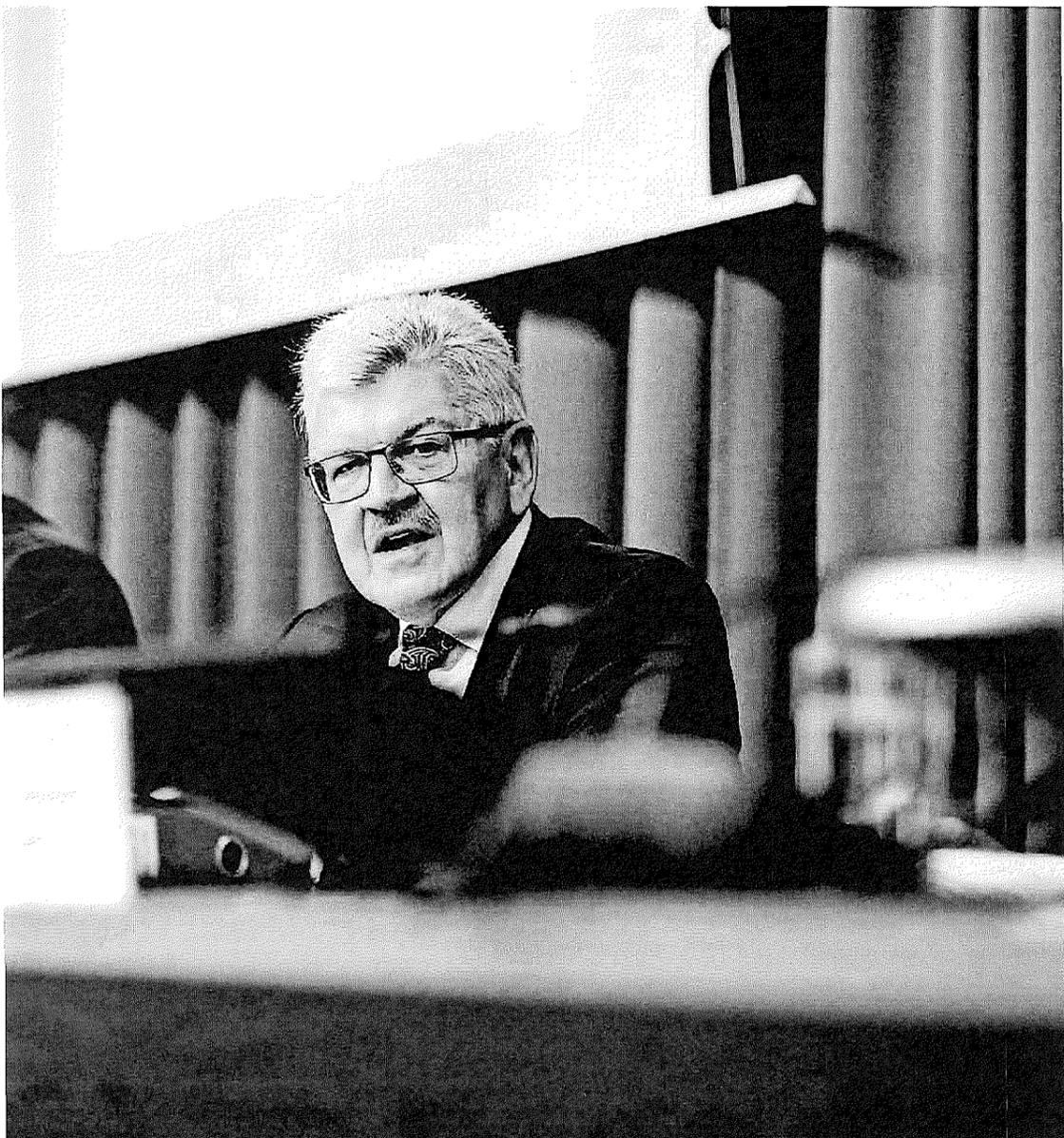
scheiden müssen. Denn sollte sich die wirtschaftliche Lage dank der derzeitigen, langsamen Erholung des Euro bis Ende Jahr aufhellen, würde dies auch den Handlungsbedarf senken.

Es ist der Regierung hoch anzurechnen, dass sie sofort erneut alle Bereiche nach Sparmöglichkeiten durchforstet hat und auch fündig geworden ist. Dies im Wissen darum, dass viele Vorschläge - etwa im Bildungsbereich - dieselben heftigen Diskussionen und wohl auch Demonstrationen auslösen werden wie vor Jahresfrist. Die Einsparungen beim Staatspersonal und dank Nichtbesetzung von

Zu Recht will die Regierung dafür nicht am Volks-Ja zur jüngsten Steuerreform rütteln, auch wenn dies SP und Grüne vehement fordern. Mit dieser Reform wurde nach den Niedrig- und Hochverdienern verdientermassen auch der Mittelstand entlastet. Allerdings würde dieser durch die neu vorgeschlagenen Belastungen beim Eigenmietwert (den man aufgrund der Bundesgerichtsvorgaben wohl erhöhen muss), beim Staatssteuerfuss und beim Pendlerabzug speziell getroffen. In der jetzigen, konjunkturell heiklen Phase sind Steuererhöhungen, die nicht gesetzlich bedingt sind, die falsche Medizin. Der Fokus der Bemühungen muss auf dem Sparen liegen.

@ mathias.kueng@azmedien.ch

INSERAT



zugehörigen Massnahmen. Neben ihm Regierungssprecher Peter Buri.

MARIO HELLER

Sparen und Pendler anzapfen

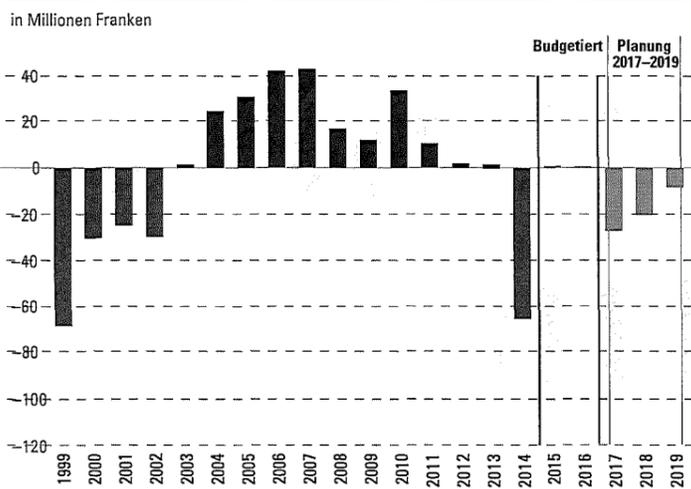
Budget 2016 Dank einem Kraftakt soll das Budget 2016 ausgeglichen sein. In den nächsten Jahren will die Regierung auch Steuern erhöhen.

VON MATHIAS KÜNG

Finanzdirektor Roland Brogli und Staatschreiber Peter Grünenfelder haben gestern in Aarau das Budget 2016 sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019 (AFP) vorgestellt. Ein ausgeglichenes Budget auszuarbeiten, sei ein Kraftakt gewesen, hiess es. 2016 ist nämlich keine Nationalbank-Gewinnausschüttung zu erwarten. So fehlen schon mal 52 Millionen Franken. Zudem spüre man bereits die Folgen der Aufhebung des Euro-Mindestkurses im Januar, so Brogli. Allein aufgrund der markanten Konjunkturreinbringung erwartet der Kanton schon 2016 einen Steuerminderertrag von 70, später sogar von rund 100 Millionen Franken. Dazu steigen die Ausgaben in mehreren Bereichen weiter. Das Sparpaket kann zwar weitgehend realisiert werden. Es fehlen aber die 17 Millionen Franken aus dem Teilpaket, das im März in einer Volksabstimmung gescheitert ist.

Ein ausgeglichenes Budget soll unter diesen Umständen unter anderem dank den letzten Millionen aus dem Notkässeli der Regierung, der sogenannten Ausgleichsreserve, möglich werden. Zudem blüht dem Staatspersonal eine Lohn-Nullrunde. Dazu kommt der Abbau von 120 Stellen in der Kantonsverwaltung, ebenso sollen 260 geplante Lehrerstellen nicht besetzt werden. Diese und viele weitere Massnahmen in allen Departementen sollen schon das Budget 2016 um rund 90 Millionen Franken entlasten. Falls alle Vorschläge durchkommen, ber-

So entwickeln sich die Kantonsfinanzen inklusive neuem Sparpaket



Quelle: Kanton Aargau

Grafik: Aargauer Zeitung/MTA

gen sie bis 2018 gar ein Potenzial von 154 Millionen Franken. Die Regierung gibt die für die Massnahmen nötigen Gesetzesänderungen jetzt bis 27. November in die Anhörung.

Im neuen AFP sollen Entlastungsmassnahmen von 90 bis 150 Millionen Franken realisiert werden - auf der Ausgaben- und Einnahmenseite. Es kommen auch Vorschläge wieder, die das Volk im März an der Urne abgelehnt hat. Die schwierige Lage rechtfertigt dies, argumentiert die Regierung. Allerdings kämen diesmal Einzelvorlagen. Beispielsweise kommt erneut die Erhöhung des Vermögensverzehr von Ergänzungsleistungen beziehenden Pflegeheimbewohnern. Neu soll auch der Personalaufwuchs der Kantonspolizei gedrosselt werden.

71 Millionen Mehreinnahmen

Ab 2017 soll der Pendlerabzug in der Steuererklärung auf 6000 Franken begrenzt werden. Das betrifft 40 000 Pendlerinnen und Pendler. Und ab 2018 schlägt die Regierung die Erhöhung des Staatssteuerfusses von 94 auf 95 Prozent vor. Dies und eine Erhöhung des Eigenmietwerts - der losgelöst vom neusten Entlastungspaket vorgeschlagen wird - brächte dem Kanton bis 46 und den Gemeinden bis 25 Millionen Franken Mehreinnahmen. Insgesamt will der Staat also auf diesem Weg 71 Millionen Franken Mehreinnahmen.



Alle 110 Massnahmen auf www.aargauerzeitung.ch

Lehrer wehren sich gegen «Abbau-Wahn»

Kantonsbudget Linke kritisieren Personalreduktion, Bürgerliche fordern weniger Bürokratie in der Verwaltung

VON FABIAN HÄGLER

«Die aktuelle Finanzpolitik der Regierung bedroht die Schule Aargau im Kern.» So bewertet Elisabeth Abbasi, Präsidentin des kantonalen Lehrerverbands, die Sparvorschläge des Kantons (siehe Seiten 24 und 25) im Bildungswesen. Und sie ist nicht allein: An einer Medienkonferenz warnten auch Beat Petermann (Schulleiterverband) und Franco Corsiglia (Schulpflegepräsidenten) vor dem «Abbau-Wahn». Mit den Kürzungen im letzten Sparpaket sei der Bildungsbereich ausgepresst, hielt Abbasi fest. Die geplante Nullrunde bei den Löhnen werde den Aargau im Vergleich mit umliegenden Kantonen unattraktiver machen, warnte Petermann. «So laufen gute Leute davon und es wird noch schwerer, Lehrpersonen zu rekrutieren.»

Corsiglia sagte, schon heute gebe es zu viele krankheitsbedingte Ausfälle. Daher sei es falsch, die Zahl der Pflichtlektionen für Kantilehrer anzuheben. Abbasi sieht dies sogar als gesetzeswidrig an: «Wir prüfen rechtliche Schritte dagegen, wie auch

bei der Pensenerhöhung für Bezieher.» Falsch sei auch der Abbau bei Deutschlektionen für Fremdsprachige und Stunden mit Halbklassen. Corsiglia: «Die Anforderungen an die Integration steigen, und der Kanton kürzt dort - das ist nicht logisch.»

Bürgerliche für Stellenabbau

Ganz anders steht die SVP zum Bildungssparen. 2006 habe es 4445 Lehrstellen an der Volksschule gegeben, 2016 sollen es 5938 sein - die Schülerzahl habe sich im selben Zeitraum aber nur um 199 Kinder erhöht. Die Partei fordert eine «echte und spürbare Entschlackung der Verwaltung». Zwar kratze die Regierung dort leicht am Lack, dennoch steige der Aufwand gegenüber der Rechnung 2014 um 140 Millionen Franken.

Für die FDP ist der «reduzierte Aufbau bei den Lehrpersonen» ohne Qualitätsverlust verkraftbar, wenn zugleich die minimale Klassengrösse erhöht werde. Die Freisinnigen begrüssen auch den Abbau von 120 Verwaltungsstellen. Sie fordern zudem einen spürbaren Abbau der Büro-

MEHREINNAHMEN

Steuererhöhung ist umstritten

2018 soll die Kantonssteuer um ein Prozent steigen - so reagieren die Parteien:

SVP: Das ist eine Frechheit, kommt nicht infrage.

FDP: Nein, dies würde den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort Aargau schwächen.

CVP: Steuererhöhungen erst in letzter Konsequenz.

SP: Steuergeschenke für die Reichen zurücknehmen.

Grüne: Ja, für die verlangten Leistungen müssen auch Mittel bereitgestellt werden.

GLP: Steuererhöhung um ein Prozent ist minimalistisch.

EVP: Höhere Steuern sind nicht ausgeschlossen.

kratie für Bevölkerung und Unternehmen. Bestätigt fühlen sich die Wirtschaftsverbände: Handelskammer und Gewerbeverband hatten eine Kürzung von mindestens 3 Prozent beim Staatspersonal gefordert (az vom 24. August), nun soll der Bestand um 3,1 Prozent reduziert werden.

Mit dem Stellenabbau in der Verwaltung nehme die Regierung eine ihrer Forderungen endlich auf, schreibt die CVP. «Das ausserordentliche Stellenwachstum der letzten Jahre muss gestoppt werden, das gilt auch für die Lehrpersonen», hält Fraktionschef Peter Voser fest.

Für die EVP ist es verständlich, dass die Regierung einen drastischen Stellenabbau vorschlägt, weil dort das Sparpotenzial am grössten ist. Dieser müsse aber sozialverträglich sein und mit Priorität auf natürlicher Fluktuation umgesetzt werden.

Der Staatspersonalverband ist gemäss einer Mitteilung «nicht erfreut über den geplanten Stellenabbau». Zugleich vertritt der Verband die Auffassung, die Reduktion sei vertretbar, wenn sie sozialverträglich erfolge. Regierung und Parlament

musse aber klar sein, dass jeder Stellenabbau mit Leistungsabbau verbunden sei.

Linke sehen Volkswillen verletzt

Die SP kritisiert den Abbau hingegen als «Kahlschlag beim Personal, und dies ohne gesetzlich vorgeschriebenen Sozialplan». Finanzdirektor Brogli habe die Einkünfte des Kantons mit einer verfehlten Steuerpolitik verringert und dadurch den Staat geschwächt. Dass die Regierung mehrere erst im März abgelehnte Kürzungen aus dem Sparpaket wieder aufnehme, sei «undemokratisch und diktatorisch».

Auch die Grünen kritisieren, die Regierung missachte mit ihren Vorschlägen von 75% Abbau und nur 25% Mehreinnahmen den Volkswillen. Zusammen mit Grünliberalen sowie den Umweltverbänden WWF und Bird Life wehren sie sich ausserdem gegen die Kürzungen bei den Förderprogrammen Energie und Natur 2020.

Die GLP verlangt von der Regierung ausserdem Sparvorschläge für sogenannte Spezialfinanzierungen - das bekannteste Beispiel dafür ist die Strassenkasse.